Einzelnummer 30 Pfg.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 1,60 Mk. max. auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 6.— Mk. max. auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckamt Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 261 | Dienstag, den 8. November 1921 | 12. Jahrgang

Maßnahmen gegen die wilde Valutaspekulation.

Der Reichstag nahm gestern zu den Steuergesetzen Stellung und gingen die Redner dabei ausführlich auf die jetzigen Valutaverhältnisse ein. Genosse Braun-Franken kritisierte die Rede des Finanzministers, in der jede Spur eines Programms fehlte. Die geradezu beispiellose Bescheidenheit des Ministers schreie zum Himmel. Wenn die Regierung nicht kann, wird es Aufgabe des Reichstages sein, ein Programm zu schaffen. Die Industrie, die sich gegen Eingriffe sträubt, muß sich den Vorwurf der Gewissenlosigkeit gefallen lassen. Die Mark wenigstens zu stabilisieren ist möglich. Mit den bisherigen Methoden ist das Problem nicht zu lösen. Energisch in den privaten Kapitalbesitz einzugreifen, dazu hat der Minister nicht den Mut gefunden. Mag er doch die Bande zerreißen, die das Privatkapital um ihn geschlungen. Den breiten Volksschichten kann die Notwendigkeit, zu den Kosten herangezogen zu werden, nur klar gemacht werden, wenn das Privatkapital in viel höherem Grade herangeholt wird. Der Abg. Herold (Zentr.) suchte den Finanzminister gegen den Vorwurf zu großer Bescheidenheit bei der Besteuerung des Besitzes in Schutz zu nehmen.

Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt: Wir wollen unsern guten Willen bei der Erfüllung des Ultimatums zeigen. Mehr haben wir auch bei seiner Annahme nicht versprechen können. Wenn die Entente damals das Ruhrgebiet besetzt hätte, stünden wir jetzt auch vor dem industriellen Zusammenbruch: Wir müssen die Ausfuhr fördern. Aber auch darin sind wir durch die Entente beschränkt. Ungeheure Mengen französischer Luxusartikel werden eingeführt. Entweder wir trinken den französischen Champagner und Kognak und pfeifen auf die Reparationen oder wir erschweren den Zugang zu den Wein- und Likörstuben. Hier treffen wir freilich auf Verständnislosigkeit. **Wir wollen einen Gesetzentwurf einbringen, der das freie Spiel in Devisen einschränkt und die maßlose Spekulation einengt.** Es ist verständlich, daß Kaufleute Devisen zurückhalten, um Rohstoffe kaufen zu können, aber wir müssen vielleicht doch an das Ausland herantreten, damit dieses uns hilft, die von Deutschen im Auslande deponierten Devisen herauszuholen. Wegen einer Anleihe im Auslande sind Verhandlungen mit der Industrie gepflogen worden, die aber zu keinem Resultat geführt haben. Bleibt der Dollar auf der jetzigen Höhe, so sehe ich sehr schwarz auch für die politische Lage.

Anschließend leistete sich der Abg. Helfferich einige deutschnationale Kapriolen. Dieser Parteiregierung könne seine Partei keine neue Steuern bewilligen. Selbstverständlich protestierte er auch gegen die einzelnen Besitzsteuern. Der ehrliche Steuerzahler müsse geschützt werden, nur so könne man die deutsche Wirtschaft fördern! Die festverzinslichen Papiere und die Kriegsanleihe müßten von der geplanten Besteuerung freibleiben. Zum Schluß meinte Helfferich, Deutschland müsse sich entschließen können, mit Ehren unterzugehen. Nach dieser politischen Scharlatanrede vertagte das Haus die Debatte auf heute.

*

Inzwischen steigt das Fieber an der Börse immer weiter. An der gestrigen Berliner Börse setzten Dollarnoten mit 287 ein und stiegen vorübergehend auf 307. Sehr fest sind auch die Zahlungsmittel der östlichen Staaten. So wurden Polennoten mit 10—12, Rumänen mit 161 gehandelt. Im Anschluß an diese Tendenz des Devisenmarktes machte sich am Effektenmarkt ebenfalls eine stürmische Hausse geltend. Besonders die Montan- und chemischen Werte waren um Hunderte von Prozent gesteigert. Man sieht der weiteren Entwicklung auf dem Devisen- und Effektenmarkte in Börsenkreisen mit berechtigter Sorge entgegen. Kein Mensch kann einwandfrei feststellen, inwieweit sich in der hohen Preiskurve des Dollars Krankheit der deutschen Wirtschaft und innen- und außenpolitische Finanzpolitik dunkler Kapitalmächte mischen. Hoffentlich läßt die Regierung die angekündigten gesetzlichen Maßnahmen gegen die Devisen-Spekulation recht bald Wirklichkeit werden. Man darf nicht warten bis die Entwicklung uns in österreichische Verhältnisse treibt. Es gilt als ein offenes Geheimnis, daß die deutsche Industrie und der Großhandel die im Exportgeschäft einkommenden fremden Devisen seit Wochen im Ausland stehen läßt. Die Hauptsache bleibt, daß das Reich diese Devisen bekommt, um der fürchterlichsten wirtschaftlichen Katastrophe vorzubeugen.

Neue scharfe polnische Note an Sowjetrußland.

Statt der in Aussicht gestellten Werte im Betrage von 10 Millionen Goldrubeln hat die Sowjetregierung der polnischen Delegation in Moskau nur 1 600 000 ausgehändigt. Aus diesem Anlaß hat die polnische Regierung eine neue verschärfte Note an die Sowjetregierung gerichtet, in der die polnische Regierung die bestimmte Erwartung ausspricht, daß Rußland nunmehr die Verbindlichkeiten unverzüglich erfüllen werde.

Um die Aufbesserung der Rentenbezüge.

Im Sozialausschuß des Reichstages wurden gestern die Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung weiterberaten.

Im Verlaufe der Erörterung beleuchtete der Reichsarbeitsminister die Hauptfrage, ob eine Erhöhung der Renten unterschiedslos sowohl dem Bedürftigen wie dem Nichtbedürftigen zufallen solle. Der Minister verlas ein Gutachten über die soziale Lage der Versicherungsrentner, das allerdings nur örtlich einen kleinen Kreis umfasse, aber doch nachweise, daß die Masse der Rentenempfänger vom sozialen Gesichtspunkt aus als durchaus nicht einheitlich zu bezeichnen sei. Es handle sich um ein Problem, das von besonderer Schwierigkeit sei, da es sowohl die Grundlage des Armenwesens wie der Sozialversicherung berühre. Am 1. Januar 1920 gab es in Deutschland mit Einschluß der Landesversicherungsanstalt Posen, aber ohne die Landesversicherungsanstalt Elsaß-Lothringen 985 336 Invalidenrentner, 102 886 Krankenrentner, 3634 Witwenkrankenrentner, 494 004 Waisenstämme. Wenn man den Waisenstamm zu je drei Kindern rechnet, so handelt es sich bei Summierung der obengenannten Zahlen um insgesamt 2,8 Millionen Rentenempfänger. Dazu kommen die Unfallrentner, im Jahre 1910 wurden Entschädigungen bezahlt oder angewiesen an: 713 925 Verletzte, 109 889 Witwen Getöteter, 104 948 Abkömmlinge, 6125 Aszendenten, also wiederum fast eine Million Personen. Renten aus der Knappschaftsversicherung erhalten etwa 300 000 Personen. Die Gesamtzahl der Sozialversicherungsrentner beträgt somit rund 4 Millionen. Zum Schluß seiner Ausführungen bedauerte der Minister, daß das Schicksal der Sozialversicherungsrentner noch viel zu wenig erforscht sei. Es wäre notwendig, daß alle Städte einer gewissen Anzahl von Einzelschicksalen nachgingen, um dabei gewisse Typen festzustellen. Eine Statistik in einer süddeutschen Stadt habe überraschende Ergebnisse gezeitigt, so z. B. stehe ein erheblicher Teil der Unfallrentner in Arbeit und habe einen vollen oder doch annähernd vollen Arbeitsverdienst. — Diesen Feststellungen von günstigen Einzelergebnissen steht jedoch die außerordentliche Notlage des überwiegenden Teiles der Rentner gegenüber, der schleunigst abgeholfen werden muß.

Aufrechterhaltung des deutschen Anspruches auf Oberschlesien.

Berlin, 7. Nov. (WTB.) Der Auswärtige Ausschuß des Reichsrats behandelte in seiner heutigen Sitzung die oberschlesische Frage. Im Verlaufe der Aussprache gab der Reichskanzler Dr. Wirth folgende Erklärung ab:

Auf die Note der deutschen Regierung, in der sie gegen die Entscheidung über Oberschlesien als gegen eine Ungerechtigkeit und eine Verletzung des Friedensvertrages Verwahrung einlegt, hat die Botschafterkonferenz erwidert, daß sie den Protest der deutschen Regierung als unbegründet, null und nichtig ansehe. Sie hat erklärt, von der Mitteilung nur die bedingungslose und vorbehaltlose Erklärung der deutschen Regierung festhalten zu wollen, wonach sie sich allen Anordnungen der Entscheidung vom 20. Oktober mit den sich daraus ergebenden Folgen fügen wird. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß durch die Antwort der Botschafterkonferenz die Tatsache der Einlegung einer Rechtsverwahrung nicht aus der Welt geschafft wird. Unsere Rechtsverwahrung wird nicht dadurch beseitigt, daß sie zurückgewiesen wird. Sie bleibt vor der Geschichte für alle Zeit bestehen.

Unsere Stellung zum Görlitzer Programm.

Rede des Genossen Dr. Zinn auf dem außerordentlichen Parteitage am 6. November 1921.

Wenn wir zu dem auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Görlitz beschlossenen Programm Stellung nehmen, so hat das in erster Linie den Zweck, die Frage der Schaffung eines Programms unserer Partei für den Freistaat zu klären. Es bestehen für uns in der Programmfrage folgende vier Möglichkeiten: 1. die unveränderte Uebernahme des Görlitzer Programms, 2. die Uebernahme des Görlitzer Programms unter Abänderungen, 3. die Schaffung eines eigenen Programms unter Benutzung des Görlitzer Programms als Material und 4. die Beibehaltung des alten Programms. Die letztere ließe sich damit begründen, daß die Verhältnisse noch zu sehr in Fluß sind und die wachsenden Einigungsbestrebungen es ebenfalls geraten erscheinen lassen, mit der Festlegung eines neuen Programms zu warten. Dem steht gegenüber, daß das Erfurter Programm veraltet ist. Es ist als reines Agitationsprogramm geschaffen und bietet keine klaren Richtlinien für die jetzige Arbeit in den Parlamenten und Gemeindevertretungen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich erheblich geändert, die außenpolitische Lage ist eine erheblich andere und auch innerpolitisch haben sich grundstürzende Aenderungen vollzogen. Die demokratische Republik, die 1891 noch außerhalb jeder Möglichkeit schien, ist in Deutschland Tatsache geworden. Aus all diesen Gründen hat sich die deutsche Partei ihr neues Programm geschaffen.

Das Görlitzer Programm ist nicht nur auf die Agitation, sondern in erster Linie auf die praktische Arbeit eingestellt. Der theoretische Teil ist wieder auf die wissenschaftlichen Feststellungen, wie wir sie von Marx übernommen haben, aufgebaut. Die Sozialdemokratie hat damit zum grundlegenden Unterschied von den bürgerlichen Parteien ein Programm, das nicht die Interessen einer Klasse, sondern die wissenschaftliche Auffassung von der wirtschaftlichen Entwickelung zur Grundlage hat. Die Unterschiede zwischen dem Erfurter und Görlitzer Programm sprechen zugunsten des neuen Programms. Der theoretische Teil ist weniger theoretisch. Die neue Eingangsformel bringt das Wollen der Sozialdemokratie in einer kurzen, lebendigen Form zum Ausdruck. Das neue Programm stellt auch keine Prognosen für die zu erwartende wirtschaftliche Entwickelung, sondern geht von der Schilderung der gegenwärtigen Verhältnisse aus. Zwei Einzeltheorien hat man fallen lassen. Erstens die Krisentheorie, die behauptete, daß sich die wirtschaftlichen Krisen in bestimmten Zwischenräumen wiederholen. Dagegen ist großer Nachdruck auf die durch den Weltkrieg ausgelöste Weltkrise gelegt. Auch die Verelendungstheorie ist als nicht zutreffend ausgeschaltet. Wir haben zwar zurzeit eine wachsende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, jedoch kann von einer zunehmenden Knechtung und Erniedrigung der Arbeiterschaft nicht gesprochen werden. Die Arbeiterbewegung ist zu einem Machtfaktor geworden und wird mit dem Wachsen der Organisationen stets größeren Einfluß auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bekommen. Durch die Tätigkeit der Gewerkschaften ist die Verelendungstheorie nicht Wirklichkeit geworden. Auch der Kulturwille der Arbeiterschaft, um zu einer höheren geistigen Stufe zu gelangen, wird immer stärker lebendig. Dagegen stellt das Görlitzer Programm die stetig wachsende Proletarisierung der Mittelschichten fest. Als neuer Grundsatz erscheint im Görlitzer Programm das Bekenntnis zum Staat, und zwar in seiner jetzigen Form als demokratische Republik, die Mittel zur Durchführung unserer Ziele ist. Die ablehnende Stellung zum früheren Obrigkeitsstaat galt nicht dem Staate als solchen, sondern der Staatsform. Da in dieser die Sozialdemokratie mit Ausnahmegesetzen unterdrückt werden sollte, mußte sie unsere Gegnerschaft finden. Die von der Sozialdemokratie stets geforderte und durch die Novemberumwälzung eingeführte demokratische Republik ist der Rahmen, in dem der Sozialismus seiner Verwirklichung entgegengeführt werden kann. Der Geist des Programms ist trotz dieser Aenderungen der alte. Es ist kein Kompromißprogramm, wie es behauptet wurde, sondern der Kampfeswille ist in ihm

lebendig. Die Anerkennung des Klassenkampfes ist im Programm niedergelegt. Er soll aber nicht geführt werden zur Aufrichtung einer neuen, sondern zur Ueberwindung jeglicher Klassenherrschaft. Der Charakter als Kampfprogramm liegt auch in dem klar ausgesprochenen Ziel auf Ueberwindung des kapitalistischen Systems.

Im praktischen Teil sind die als überholt geltenden Forderungen fortgelassen. So die in der Verfassung festgelegten früheren Forderungen auf Abänderung des Wahlrechtes und der direkten Gesetzgebung durch das Volk. Auch die Forderungen auf allgemeine Wehrhaftigkeit und Errichtung einer Volkswehr sind nicht übernommen. Das ist nicht nur infolge des Versailler Diktats geschehen, das Deutschland nur die Haltung einer kleinen Reichswehr gestattet, sondern aus der grundsätzlichen pazifistischen Orientierung der Partei. Auch die allgemeine Wehrhaftigkeit würde noch immer eine Quelle zur Züchtung militaristischen Geistes sein. Die übrigen Forderungen, besonders in der Wirtschaftspolitik, sind erheblich ausgearbeitet. Auch die Wege zur Sozialisierung sind angedeutet. Die Möglichkeiten und Formen des Sozialismus sind zwar erheblich reichhaltiger, als sie das Programm berücksichtigt, doch ist gerade die Sozialisierungsfrage noch sehr in Fluß. Die Forderungen zur Sozialpolitik sind ebenfalls wesentlich ergänzt. Auch an den Staat, wie zur Verfassung, Verwaltung, Rechtspflege, zu den Finanzen und Steuern, sowie an die Gemeinden ist eine erhebliche Anzahl neuer Forderungen aufgestellt. Besonders betont ist der Wille zur Kulturpartei und zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern und Schaffung einer starken Internationale.

Die Kritik, die aus Parteikreisen an dem Görlitzer Programm geübt worden ist, bemängelte u. a. das Fehlen der Forderung auf sofortige Vollsozialisierung, von Vorschlägen zur Lösung des Wohnungsproblems und von Richtlinien zur Agrarfrage. Gewünscht wurde auch die Forderung einer Volksabstimmung für Auflösung und Neuwahl der Parlamente. Ueber diese Wünsche hinaus hat das Görlitzer Programm allgemeine Anerkennung gefunden. Es ist im erheblichen Maße auf die Gegenwartsarbeit eingestellt und enthält nur Forderungen, die praktisch zu verwirklichen sind. Es hat daher eine starke Werbekraft und stellt einen erheblichen Fortschritt in der geistigen Aufwärtsentwicklung der Partei dar.

Zur Schaffung eines Programms für den Freistaat empfehle ich eine enge Anlehnung an das neue deutsche Programm. Danzig befindet sich durch das Versailler Diktat in einer ähnlichen schwierigen Lage wie Deutschland. Dennoch sind nicht nur redaktionelle, sondern auch sachliche Aenderungen bei einer Uebernahme des Görlitzer Programms notwendig. In dem Danziger Programm muß die besondere Stellung Danzigs als „Freie Stadt unter dem Schutze des Völkerbundes" berücksichtigt werden. Die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker muß in unserm Programm mit an erster Stelle stehen. Auch unser Verhältnis zu Polen muß geklärt werden. Die Souveränität Danzigs muß gefordert werden. In der außenpolitischen Vertretung Danzigs durch Polen muß stets der Wille Danzigs uneingeschränkt zum Ausdruck kommen. Innerpolitisch haben wir eine Reihe Forderungen zur Staatsform, da die Verfassung des Freistaates erheblich von der deutschen abweicht. Die bureaukratische Regierungsform muß durch eine parlamentarisch-demokratische ersetzt werden. Die Betriebsräte fehlen in unsern Grundrechten. Das Kräfteverhältnis im Parlament durch die Schaffung eines Bürgerblocks einerseits und die Zerrissenheit der Arbeiterschaft andererseits wird ebenfalls nicht unberücksichtigt bleiben können. Danzig ist auch nicht wie Deutschland ein Industrie-, sondern ein Handels- und Agrarstaat und ist ein weiteres Zurückbleiben in der politischen Entwickelung gegenüber der Deutschlands zu erwarten. An Einzelfragen wäre z. B. der außerordentlich stark militärischen Aufmachung der Schupo zu gedenken. Für den theoretischen Teil würde ich nur die notwendigsten redaktionellen Aenderungen empfehlen, während der praktische Teil eine sachliche Durcharbeitung erfahren muß. Zur Vornahme dieser Arbeiten beantrage ich die Einsetzung einer Kommission, die dem nächsten Parteitag einen entsprechend abgeänderten Programm-Entwurf vorzulegen hat. Schaffen wir uns in enger Anlehnung an das Görlitzer ein Programm, das nicht nur im Parteibuch seinen Abdruck findet, sondern in den Herzen und Köpfen der Massen Eingang findet und mit werbender Kraft alle Abseitsstehenden um unser Banner, um die Fahne des Sozialismus schart!

Im Kampf um die Macht.

Die Wahl des Genossen Otto Braun zum preußischen Ministerpräsidenten, die am Abend des 5. November mit den Stimmen der alten Koalition und eines Teiles der Deutschen Volkspartei erfolgt ist, erscheint als ein politisches Ereignis, das in verschiedenen Farben schillert. Es wäre kinderleicht, auseinanderzusetzen, daß diese Wahl einen großen Erfolg der Sozialdemokratie bedeutet, die durch sie einige lebenswichtige Machtpositionen zurückerobert hat. Für Siegerwald Otto Braun, für Dominikus Severing, für Fischbeck Siering — wer kann bestreiten, daß das ein ganz gewaltiger Fortschritt ist. Sicher war es auch höchste Zeit, daß die Sozialdemokratie in die Regierung des größten deutschen Bundesstaates zurückkehrte: Man braucht ja nur die Dinge betrachten, die sich jetzt wieder in München anbahnen, um zu sehen, wohin es führt, wenn die Regierung für längere Zeit den bürgerlichen Parteien allein überlassen bleibt.

Die sogenannte große Koalition, die nun in Preußen versucht wird, war für die Sozialdemokratie nie ein Vergnügen. Für die Deutsche Volkspartei aber scheint sie noch etwas Schlimmeres werden zu sollen. Es gibt Dinge, über die man öffentlich nicht sprechen kann, solange sie nicht reif sind. In sozialdemokratischen Kreisen war aber längst bekannt, daß in der Deutschen Volkspartei das fürchterlichste Durcheinander herrscht und, daß man in der volksparteilichen Reichstagsfraktion gelegentlich schon einmal mit Fäusten gegen einander loszugehen drohte. Aus solchen Erscheinungen folgerten manche sozialdemokratische Politiker, daß die große Koalition zu einer Spaltung der Deutschen Volkspartei führen werde: Ein Teil werde nach links herüberrutschen und der andere nach rechts zu den Deutschnationalen. Gerade diese Aussicht, einen bisher starken Gegner zu spalten, gehörte mit zu den Gründen, die jene sozialdemokratischen Politiker dazu veranlaßten, zur großen Koalition keine geradewegs ablehnende Stellung einzunehmen. Am Sonnabend hat es sich nun tatsächlich ereignet, daß ein Teil der Deutschen Volkspartei für Braun stimmte, der andere aber gemeinsam mit den Kommunisten weiße Stimmzettel abgab. Da die Wahl geheim ist, läßt sich das Kräfteverhältnis noch nicht genau übersehen, aber gespannt darf man sein, wie sich nun die Abstimmung über das Vertrauensvotum gestaltet, das Braun am Donnerstag verlangen wird.

Doch die entscheidende Frage ist heute nicht, ob Braun am Donnerstag eine Mehrheit finden wird, sondern sie ist, ob Wirth im Reichstag eine Mehrheit besitzt, mit der er den Kampf gegen die immer übermütiger werdenden Industrieherren aufnehmen kann, die in der letzten Tagung des Reichsverbandes der Industrie beschlossen haben, die Kredithilfe dem Reiche nur unter bestimmten Bedingungen zu gewähren. Diese laufen auf nichts anderes hinaus, daß dafür im Reiche und Staat alles nach dem Willen dieser Leute geschieht. Wenn jetzt das Reich nicht zeigt, daß es entschlossen ist, sich auf dem Wege des Gesetzes das zu holen, was ihm das Kapital in ungnädiger Laune versagt, dann ist der Sieg des Geldsackes über die Demokratie entschieden. Aber freilich, dieser Sieg ist auch nur ein vorläufiger und seine Folgen sind unabsehbare.

Unter diesen Umständen ist es immerhin als ein Hoffnungszeichen zu begrüßen, daß die Sozialdemokratie ihre Stellung in Preußen und damit im ganzen Reiche wieder gestärkt hat, und daß die Reichsregierung jetzt wenigstens nicht mehr die preußische Regierung als Feind im Rücken hat. Dennoch bleibt ihre Stellung ungemein schwierig. Man muß sich auf schwere innerpolitische Auseinandersetzungen gefaßt machen, in die wir nur dann guten Mutes hineingehen können, wenn die Arbeiterklasse einig und geschlossen dasteht. Erste Regel jedes Kampfes ist, nicht sich selber, sondern den Feind zu zersplittern.

Katastrophen-Spekulation.

Die Valuta hat sich in den letzten Tagen in wilden Sprüngen außerordentlich verschlechtert. Der Dollar hat annähernd die fabelhafte Höhe von 800 Mark erreicht. Vergleicht man die jetzigen Kurse derjenigen Geldsorten, die dem Golde am nächsten stehen, also des Dollars und des Schweizer Franken, mit dem Umrechnungskurs der Vorkriegszeit, so ergibt sich, daß die Mark bereits unter ½ Pfennig — in Gold gerechnet — gesunken ist! Die Bewegung hat damit anscheinend noch nicht ihr Ende erreicht. Die Kreise, die durch Bereitwilligkeit zu rascher Hilfe den Kurs heben helfen könnten, der Besitz in Landwirtschaft, Handel und Industrie, warten in erstaunlicher Ruhe ab, bis die steigende Geldentwertung das Reich dem Abgrund näher und näher bringt. Ein Börsenblatt schreibt an der Spitze seines Marktberichtes: „Die deutsche Wirtschaft eilt mit Riesenschritten der definitiven Katastrophe entgegen." Aus dem Munde derer, die die Gesundung der Reichsfinanzen planmäßig bekämpfen, klingt das wie ein Jubelruf. Und in der Tat verdienen die Besitzer der Sachwerte an dieser angeblichen Katastrophe Milliarden. Hier setzt sich die berufsmäßige Flaumacherei in klingende Münze um. Es ist aber nicht wahr, daß die deutsche Wirtschaft an der Valutaverschlechterung zugrunde gehen muß. Nie seit dem Kriege war die deutsche Wirtschaft so stark beschäftigt wie in den letzten Monaten. Gewiß verlieren wir auch, volkswirtschaftlich gesehen, einen erheblichen Teil des Arbeitsertrages dadurch, daß deutsche Ware zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt kommt und daß die Löhne niedrig sind. Aber dafür haben wir so gut wie gar keine Arbeitslosigkeit mehr, während andere Länder, besonders England und Amerika, darunter schwer leiden. Und wenn es auch fraglos ist, daß die Valuta langsam und stetig sinken muß, weil die ersten Reparationszahlungen nicht aus Ueberschüssen der Wirtschaft geleistet werden können und Substanz des Volksvermögens noch nicht verfügbar gemacht ist, so ist jedenfalls der enorme Kurssturz der letzten Tage unberechtigt, und er wird auch wieder Rückschlägen weichen, die die Kaufkraft der Mark wieder heben. Die immer von einer Katastrophe reden, sollten sich doch vor Augen halten, daß Deutschland nun seit Kriegsbeginn überhaupt nicht aufgehört hat, vor der ewig prophezeiten „Katastrophe" zu stehen und trotz großer Opfer doch eine Reihe schwerster Krisen überstanden hat. Der Zusammenbruch wird allerdings unvermeidlich, wenn zu der Steuerschen des Besitzes der Druck der Entente kommt.

Die Zeche dieser Katastrophen-Spekulation hat natürlich die breite Masse zu tragen. Im anhaltenden Maße wirkt sich die Valutaverschlechterung auf dem Warenmarkte aus und wird vom Handel auch für die auf Lager befindlichen Waren zu Konjunkturpreisen ausgenutzt. Eine Beständigkeit kann der jetzigen Entwicklung nicht zuerkannt werden und wäre es angebracht, daß sich sowohl der Handel wie auch die Konsumenten nicht dem wilden Taumel ergeben, sondern die weitere Entwicklung mit etwas mehr Ruhe abwarten.

Polens Vorgehen gegen die deutschen Ansiedler

Ein Protest der deutschen Regierung.

Berlin, 7. Nov. (WTB.) Der deutsche Botschafter in Paris hat der Botschafterkonferenz eine Protestnote gegen das Vorgehen Polens gegen die deutschen Ansiedler überreicht, in der es u. a. heißt: Das polnische Ansiedlungsamt in Posen hat am 10. Oktober etwa tausend deutschstämmigen Ansiedlern, die in den von Deutschland an Polen abgetretenen Landesteilen ansässig sind, amtlich mitgeteilt, daß der polnische Staat nach dem polnischen Gesetz vom 14. Juli 1920 als Eigentümer dieser Ansiedlungen eingetragen ist. Die Ansiedler haben zum 1. Dezember ihre Grundstücke zu räumen, widrigenfalls wird ihnen Exmittierungsklage angedroht. Es handelt sich bei diesen Ansiedlern größtenteils um solche, die nach dem 11. November 1918 angesiedelt sind oder aber bis zum 11. November 1918 die Auflassung nicht erhalten haben. Dieses Vorgehen entbehrt jeder Rechtsgrundlage. Es ist ein allgemein anerkannter völkerrechtlicher Grundsatz, daß bei Gebietsabtretungen der Erwerberstaat sich jeden rückwirkenden Eingriffs in die bis dahin rechtmäßig begründeten privaten Rechtsverhältnisse enthält. Polen hat durch den Friedensvertrag keine Handhabe erhalten, für sich aus dem Datum des 11. November irgendwelche Rechte herzuleiten.

Entbehrt so das Vorgehen Polens gegen die erwähnten Ansiedler jeder Rechtsgrundlage, so darf die deutsche Regierung ebenso die Aufmerksamkeit der Botschafterkonferenz auf die beispiellose Härte lenken, die darin liegt, tausend deutsche Familien zu zwingen, innerhalb sechs Wochen Haus und Hof zu verlassen. Wo und wie für diese Familien in so kurzer Frist bei den schlechten Wohnungs- und Unterbringungsverhältnissen, die in Polen ebenso wie in Deutschland bestehen und deshalb der polnischen Regierung bekannt sind, Unterkunft geschaffen werden soll, ist einstweilen gar nicht abzusehen. Daß die vertriebenen Familien außerdem eine schwere Einbuße an ihrem Privateigentum zu befürchten haben, ist nach den Maßnahmen, die die polnische Regierung gegen das Privateigentum der Domänenpächter getroffen hat und die einer einfachen Wegnahme von Privateigentum gleichkommen, leider anzunehmen. Die deutsche Regierung legt gegen dieses grausame, jeder Rechtsgrundlage entbehrende Vorgehen der polnischen Regierung den schärfsten Einspruch ein und bittet die Botschafterkonferenz dringend, bei der polnischen Regierung darauf hinzuwirken, daß sie von diesen Maßnahmen absieht.

Neue Stürme. Ein furchtbarer Sturm, der von Hochwasser begleitet war, ist in der Sonntagnacht über die Kieler Föhrde hinweggebraust. Sowohl in Kiel als auch in den Föhrdeorten ist erheblicher Schaden verursacht worden. Von der Außenföhrde wird gemeldet, daß eine Anzahl Fischerboote mit Geräten gesunken sind. Einige Dampfer sind im westlichen Teil der Ostsee gestrandet. Nähere Nachrichten liegen darüber noch nicht vor. Auch aus dem Westen Deutschlands, besonders aus Frankfurt (Main) und Köln, werden schwere orkanartige Stürme gemeldet. Die Telephon- und Telegraphenleitungen sind vielfach gestört. Große Schäden wurden an den Dächern der Häuser angerichtet.

Schließung der Mannheimer Benzwerke. Wie der Verband der Metallindustrie mitteilt, wird die Firma Benz u. Co., Rheinische Automobil- und Motorwagenfabrik A.-G., Mannheim, den Betrieb ihrer Automobilfabrik am Dienstag morgen einstellen und die gesamte Arbeiterschaft entlassen. Als Grund der Schließung der Werke werden fortgesetzte Demonstrationen der Arbeiterschaft angegeben.

Als friedlicher Passant von Marokkanern erstochen. Der Unterkassierer der sozialdemokratischen Partei Franz Krbly in Bingen ist in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag auf dem Heimweg bei einem Streit zwischen Schiffern und Marokkanern, an dem er gänzlich unbeteiligt war, von einem Marokkaner mit dem Seitengewehr erstochen worden.

Beendigung des Kampfes im Berliner Gastwirtsgewerbe. In einer Versammlung der Arbeitgeber im Berliner Gastwirtsgewerbe wurde der vom Schiedsgericht gefällte Spruch gutgeheißen. Auch die Arbeitnehmer haben gestern in sechs Versammlungen über die Aufnahme der Arbeit auf Grund des Schiedsspruches abstimmen lassen. Der Vorstand und der Beirat des Kartells der Arbeitnehmerorganisationen haben festgestellt, daß bei der Abstimmung eine statutenmäßige Mehrheit zur Aufrechterhaltung des Streiks nicht vorhanden war. Der Streik gilt daher für beendigt.

Die erledigten Habsburger. Die ungarische Nationalversammlung hat einstimmig in allen drei Lesungen den Gesetzentwurf über den Verzicht der Herrscherrechte des Exkönigs Karl und das Erlöschen des Thronfolgerrechts des Hauses Habsburg angenommen.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 261 | Dienstag, den 8. November 1921 | 12. Jahrgang

Außerordentl. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Danzig
am 5. und 6. November 1921.

Das neue Organisationsstatut.

Gen. **Fooken:** Unser altes Organisationsstatut galt für die Provinz Westpreußen. Da Danzig jetzt ein selbständiges Staatswesen bildet, ist es notwendig, ein neues Statut zu schaffen. Es ist zweckmäßig, eine einheitliche Organisation aufzubauen. Die auf dem letzten Parteitag gewählte Kommission hat einen Entwurf ausgearbeitet. Grundlegend ist die Ortsorganisation. Die Ortsvereine werden kreisweise zusammengefaßt. Für die Stadt Danzig sind Bezirke vorgesehen, die den Ortsvereinen gleichgestellt werden. Dadurch wird eine größere Selbständigkeit erreicht. Es ist nur ein Landesvorstand vorgesehen. Die von den Ortsvereinen gestellten Anträge beweisen, daß der Entwurf von den Genossen eingehend studiert ist. Die Stadt Zoppot ist kreisfrei. Deshalb soll der Parteiausschuß aus 19 Personen bestehen. Die drei Kreise entsenden je 3, Danzig 9 und Zoppot einen Vertreter. Redner behandelt hierauf die einzelnen Abänderungsanträge.

Gen. **Wiehler-Neuteich** befürwortet einen Antrag von Neuteich, nachdem Mitglieder von Krieger- und Militärvereinen nicht Parteimitglied sein können.

Gen. **Post-Ohra** tritt für den Antrag Ohra ein, der das gleiche verlangt. Bei älteren Mitgliedern, die sich in solchen Vereinen Anrechte erworben haben, kann man Nachsicht üben.

Gen. **Bäker-Zoppot** begründet die Vertretung Zoppots im Parteiausschuß, die im Entwurf nicht vorgesehen war, und verlangt ferner, daß den Ortskassen ein größerer Teil von den eingegangenen Eintrittsgeldern und Beiträgen verbleibt.

Gen. **Weber** schlägt eine redaktionelle Aenderung des § 1 vor und wünscht eine andere Gliederung des Statuts. Er beantragt, daß im Parteiausschuß die Redaktion der „Volksstimme" mit beratender Stimme vertreten ist. Ob die Zusammenlegung des Orts- und Landesvorstandes zweckmäßig ist, wird die Zukunft lehren.

Gen. **Lehmann-Heubude** erklärt, daß der Bezirk Heubude mit dem vorgelegten Entwurf einverstanden ist und bittet keine wesentlichen Aenderungen vorzunehmen. Redner wendet sich dagegen, daß die Anträge Neuteich und Ohra in das Statut aufgenommen werden. Es sei Sache der Bezirke für Ordnung zu sorgen.

Gen. **Plinski-Danzig** steht auf dem Standpunkt, daß die Anträge Neuteich und Ohra undurchführbar sind und empfiehlt deshalb ihre Ablehnung.

Gen. **Borchert-Langfuhr** befürwortet die Anträge des 5. Bezirkes, nach denen Kranken und Erwerbslosen die Beiträge zu erlassen sind und ferner eine Aenderung der Bestimmungen über die Delegiertenwahlen verlangt wird. Die Anträge Neuteich und Ohra sind undurchführbar.

Gen. **Bäker-Zoppot** tritt dafür ein, daß zu den Sitzungen des Parteiausschusses, die sich mit politischen Fragen beschäftigen, die Volkstagsfraktion hinzuzuziehen ist, stimmberechtigt soll jedoch nur ein Drittel der Fraktion sein. Die Anträge Neuteich und Ohra lehnt Redner ab.

Gen. **Schmode-Ohra** tritt für den Antrag Ohra ein. Sozialdemokratie und Kriegerverein stehen sich wie Feuer und Wasser gegenüber. Lieber eine kleine kompakte Masse als eine große Menge, unter der sich Spitzel befinden.

Gen. **Marquardt-Danzig** betont, daß die große Zahl der gestellten Anträge von regem Leben in der Partei zeugen. Redner ist mit der vorgeschlagenen Vertretung der Volkstagsfraktion im Parteiausschuß nicht einverstanden.

Gen. **Wiehler-Neuteich** schließt sich den Ausführungen des Gen. Schmode an, und empfiehlt in dem Statut festzulegen, daß jedes Parteimitglied moralisch verpflichtet ist, Abonnent der Parteizeitung zu sein. Wichtige Vertrauensämter dürften nur an Genossen vergeben werden, die mindestens zwei Jahre Mitglied der Partei sind.

Gen. **Gehl** bittet diese Bestimmungen nicht in das Statut aufzunehmen, ebenso nicht die Anträge über die Kriegervereine. Man muß alles versuchen, diese Leute aufzuklären. Eine Ueberstimmung des Parteiausschusses durch die Volkstagsfraktion findet bestimmt nicht statt. Bei dem Zusammentritt der Statutenberatungskommission gingen die Ansichten weit auseinander. Der Entwurf ist ein Kompromiß. Etwaige redaktionelle Aenderungen möge man dem Vorstand überlassen und den Vorschlägen der Kommission folgen.

Gen. **Gäthke-Steegen** schildert, wie die Kriegervereine die ländliche Bevölkerung für sich zu gewinnen suchen und gibt unter starker innerer Bewegung ein Bild von dem Elend in den Jahren 1917/1918.

Ein Antrag des Gen. **Marquardt-Danzig**, daß die Mitglieder der Volkstagsfraktion nur zu einem Drittel stimmberechtigte Mitglieder des Parteiausschusses sein dürfen, findet nicht die genügende Unterstützung.

Gen. **Fooken** nimmt in seinem Schlußwort Stellung zu den eingegangenen Anträgen.

Es findet als dann die Abstimmung über die gestellten Anträge statt.

Folgende Anträge werden angenommen:
Antrag Weber auf redaktionelle Aenderung des § 1.
2. Bezirk: In den Vorstand soll möglichst eine Genossin gewählt werden.
Ortsverein Neuteich: Redaktionelle Aenderung des § 7.
2. Bezirk: Redaktionelle Aenderung des § 9.
2. Bezirk: In den Landesvorstand soll möglichst eine Genossin gewählt werden.
Ortsverein Zoppot: Zoppot erhält Vertretung im Parteiausschuß.
Antrag Weber auf Vertretung der Redaktion im Parteiausschuß.

Statutenberatungskommission: Der 7. Absatz des § 12 erhält folgende Fassung: Zur Erörterung über politische Fragen ist eine Vertretung der Volkstagsfraktion, die ein Drittel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf, zu den Sitzungen des Parteiausschusses hinzuzuziehen. Die Entscheidung dieser Körperschaften gilt für die Gesamtpartei.

Alle übrigen Anträge werden abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wird dann das neue Organisationsstatut gegen 1 Stimme angenommen. Die im Statut vorgesehene Wahl des Zentralbildungsausschusses wird für diesmal dem Parteiausschuß übertragen.

Wahl des Landesvorstandes.

In den Landesvorstand wurden einstimmig gewählt: Die Genossen Brill, 1. Vorsitzender; Fooken, 2. Vorsitzender; Klaß, Kassierer; Klingenberg, Schriftführer; Gehl und Warner und die Genossin Malikowski als Beisitzer.

Wahl der Pressekommission.

In die Pressekommission wurden einstimmig gewählt die Genossen Bergmann, Nähse, Kloßowski, Bluhm, Plinski, Jordan, Radbant.

In seinem Schlußwort dankte der Vorsitzende Gen. Brill allen Mitwirkenden für die geleistete Arbeit und gibt einen zusammenfassenden Rückblick über das Geschaffene. Wenn wir auch kein Programm geschaffen haben, so haben wir durch grundsätzliche Anerkennung des Görlitzer Programms der Partei neue Richtlinien gegeben. Durch Schaffung des neuen Statuts hat die Partei ein festeres Gefüge bekommen. Es ist der Wunsch laut geworden nach Einigung, die wir alle wünschen. Redner richtete an die Anwesenden einen Appell, durch Organisation und Agitation die Partei zu stärken und erinnerte an das Wort des alten Liebknecht: Immer in der Offensive, niemals in der Defensive! Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Redner den Parteitag. Stehend sangen die Teilnehmer des Parteitages den ersten Vers der Marseillaise.

Auf zur Feier des 9. November!

Am Mittwoch, 9. Nov., abds. 7 Uhr, im Werftspeisehaus, zur Erinnerung an die Revolution

Großer künstlerischer Festabend!

Programm: Solovorträge erster Kräfte des Stadttheaters, Gesangsdarbietungen, Festspiel der Arbeiter-Jugend.

Festrede: Genosse Dr. Zint.

Karten zu der Feier sind zum Preise von 3.— Mk. in den Verkaufsstellen der „Volksstimme", Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32, im Parteibureau, 4. Damm 7[III], im Zigarrengeschäft Gotthe Nachflg., Lange Brücke 18, bei den Parteivertrauensleuten u. a. d. Abendkasse zu haben.

Genossinnen und Genossen! Sorgt für zahlreichen Besuch!

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Erzählung von Gottfried Keller.

9) (Fortsetzung.)

Diese Wackern hatten sich seit Jahrzehnten aneinander gewöhnt, nannten sich nur beim Vornamen und bildeten endlich eine feste geschlossene Gesellschaft, aber ohne alle andern Satzungen als die, welche sie im Herzen trugen. Wöchentlich zweimal kamen sie zusammen, und zwar, da auch in diesem kleinen Vereine zwei Gastwirte waren, abwechselnd bei diesen. Da ging es dann sehr kurzweilig und gemütlich her; so still und ernst die Männer in größeren Versammlungen sich zeigten, so laut und munter laten sie, wenn sie unter sich waren; keiner zierte sich und keiner nahm ein Blatt vor den Mund; manchmal sprachen alle zusammen, manchmal horchten sie andächtig einem einzelnen, je nach ihrer Stimmung und Laune. Nicht nur die Politik war der Gegenstand ihrer Gespräche, sondern auch ihr häusliches Schicksal. Hatte einer Kummer und Sorge, so trug er, was ihn drückte, der Gesellschaft vor; die Sache wurde beraten und die Hilfe zur gemeinen Angelegenheit gemacht. fühlte sich einer von dem andern verletzt, so brachte er seine Klage vor die sieben Männer, es wurde Gericht gehalten und der Unrechthabende zur Ordnung verwiesen. Dabei waren sie abwechselnd sehr leidenschaftlich oder sehr ruhig und würdevoll, oder auch ironisch. Schon zweimal hatten sich Verräter, unsaubere Subjekte unter ihnen eingeschlichen, waren erkannt und in feierlicher Verhandlung verurteilt und ausgestoßen, d. h. durch die Fäuste der wehrbaren Greise jämmerlich zerbleut worden. Traf ein Hauptunglück die Partei, welcher sie anhingen, so ging ihnen das über alles häusliche Unglück, sie verbargen sich einzeln in der Dunkelheit und vergossen bittere Tränen.

Der Wohlredendste und Wohlhabendste unter ihnen war Frymann, der Zimmern ister, ein wahrer Krösus mit einem stattlichen Hauswesen. Der Unbemittelteste war Hediger, der Schneider, dagegen im Worte gleich der zweite nach Frymann. Er hatte wegen politischer Leidenschaftlichkeit schon längst seine besten Kunden verloren, dennoch seine Söhne sorgfältig erzogen, und so besaß er keine übrigen Mittel. Die andern fünf Männer waren gut versorgte Leute, welche in der Gesellschaft mehr zuhörten als sprachen, wenn es sich um große Dinge handelte, dafür aber in ihrem Hause und unter ihren Nachbarn um so gewichtigere Worte hören ließen.

Heute lagen wirklich bedeutende Verhandlungen vor, über welche sich Frymann und Hediger vorläufig besprochen hatten. Die Zeit der Unruhe, des Streites und der politischen Mühe war für diese Wackern vorüber, und ihre langen Erfahrungen schienen mit den errungenen Zuständen für einmal abgeschlossen. Ende gut, alles gut! konnten sie sagen, und sie fühlten sich siegreich und zufrieden. So wollten sie sich denn an ihrem politischen Lebensabend ein rechtes Schlußvergnügen gönnen und als die sieben Männer vereint das eidgenössische Freischießen besuchen, welches im nächsten Sommer zu Aarau stattfinden sollte, das erste nach der Einführung der neuen Bundesverfassung vom Jahr 1848. Nun waren die meisten schon längst Mitglieder des schweizerischen Schützenvereines, auch besaß jeder, mit Ausnahme Hediger's, der sich mit seiner Nollflinte begnügte, eine gute Büchse, mit welcher sie in früheren Jahren zuweilen des Sonntags geschossen. Ebenso hatten sie einzeln schon Feste besucht, so daß die Sache gerade nicht absonderlich schien. Allein es war ein Geist des äußeren Pompes in einige gefahren, und es handelte sich um nichts Geringeres, als in Aarau mit eigener Fahne aufzutreten und eine stattliche Ehrengabe zu überbringen.

Als die kleine Versammlung einige Gläser Wein getrunken und die gute Laune im Zuge war, rückten Frymann und Hediger mit dem Vorschlage heraus, welcher dennoch die bescheidenen Männer etwas überraschte, so daß sie einige Minuten unentschlossen schwankten. Denn es wollte ihnen nicht recht einleuchten, ein solches Aufsehen zu erregen und mit einer Fahne auszuziehen. Da sie aber schon lange verlernt hatten, einem Aufschwung und einer körnigen Unternehmung ihre Stimme zu versagen, so widerstanden sie nicht länger, als die Redner ihnen ausmalten, wie die Fahne ein Sinnbild und der Auszug ein Triumph der bewährten Freundschaft sein und wie das Erscheinen von solch sieben alten Krachern mit einem Freundschaftsfähnchen gewiß einen köstlichen Spaß abgeben würde. Es sollte nur ein kleines Fähnchen angefertigt werden von grüner Seide, mit dem Schweizerwappen und einer guten Inschrift.

Nachdem die Fahnenfrage erledigt, wurde die Ehrengabe vorgenommen; der Wert derselben wurde ziemlich schnell festgesetzt, er sollte etwa zweihundert alte Franken betragen. Die Auswahl des Gegenstandes jedoch verursachte eine längere und fast schwierige Verhandlung. Frymann eröffnete die Umfrage und lud Kuser, den Silberschmied, ein, als ein Mann von Geschmack sich zu äußern. Kuser trank ernsthaft einen guten Schluck, hustete dann, besann sich und meinte, es füge sich gut, daß er just einen schönen silbernen Becher im Laden habe, welchen er, falls es den Mannen genehm wäre, bestens empfehlen und auf das billigste berechnen könnte. Hierauf erfolgte eine allgemeine Stille, nur unterbrochen durch kurze Aeußerungen, wie: „Das läßt sich hören!" oder: „Nun ja!" Dann fragte Hediger, ob ein weiterer Antrag gestellt werden wolle. Worauf Syfrig, der kunstreiche Schmied, einen Mut faßte und sprach: „Wenn es den Mannen recht ist, so will ich hiemit auch einen Gedanken aussprechen! Ich habe einen ganz eisernen sinnreichen Pflug geschmiedet, der, wie ihr wißt, mir an der landwirtschaftlichen Ausstellung gelobt worden ist. Ich bin erbötig, das fein gearbeitete Stück für die zweihundert Franken abzutreten, obgleich die Arbeit damit nicht bezahlt wird; aber ich bin der Ansicht, daß dieses Werkzeug und Sinnbild des Ackerbaues eine echt volksmäßige Ehrengabe darstellen würde! Ohne im übrigen einem anderen Vorschlage zu nahe treten zu wollen!"

Während dieses Spruches hatte Bürgi, der listige Schreiner, sich das Ding auch überlegt, und als abermals eine kleine Stille herrschte und der Silberschmied schon ein längeres Gesicht machte, eröffnete sich der Schreiner also: „Auch mir ist ein Gedanke aufgestoßen, liebe Freunde, der vielleicht zum großen Spaße gereichen dürfte. Ich habe vor Jahr und Tag für ein fremdes Brautpaar ein zweischläfiges Himmelbett bauen müssen vom schönsten Nußbaumholz, mit Maserfurnieren; täglich steckte mir das Pärchen in der Werkstatt, maß Länge und Breite und schnäbelte sich vor Gesellen und Lehrburschen, weder deren Witze noch Anspielungen scheuend. Allein als es zur Hochzeit kommen sollte, da fuhren sie plötzlich auseinander wie Hund und Katz, kein Mensch wußte warum, das eine verschwand dahin, das andere dorthin, und meine Bettstatt blieb mir stehen, wie ein Fels. Sie ist unter Brüdern hundertundsechzig Franken wert; ich will aber gern achtzig verlieren und gebe sie für hundert. Dann lassen wir ein Bett dazu machen und stellen es vollständig aufgerüstet in den Gabensaal mit der Aufschrift: „Für einen ledigen Eidgenossen zur Aufmunterung!" Wie?"

(Fortsetzung folgt.)

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund zur Wirtschaftskrise.

Eine außerordentliche Delegiertenversammlung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt nahm am 5. November Stellung zur Wirtschaftskrise und zur wirtschaftlichen Lage der Danziger Arbeiterschaft. Zunächst wurde beschlossen, dem Bundesvorstand für die Wahlen zu den Krankenkassen und zum Gewerbegericht aus Mitteln des Baufonds 10 000 Mk. leihweise zur Verfügung zu stellen. Sodann referierte der Bundessekretär Kloskowski über „Die Wirtschaftskrise und die wirtschaftliche Lage der Danziger Arbeiterschaft". Er streifte in längeren Ausführungen die Lebenshaltung der erwerbstätigen Bevölkerung, den hohen Stand der Arbeitslosigkeit und das Bestreben der Behörden und Privatarbeitgeber, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten. Dieses geschähe angesichts der Tatsache, daß die Ausgaben für die Lebenshaltung, die zum großen Teile durch die verkehrte Wirtschaftspolitik des Senats ins Ungeheure angewachsen seien, in keinem Verhältnis zu den Einnahmen der Arbeiterschaft ständen. Diesem Notstande der Arbeiterschaft stehe gegenüber, daß auf der anderen Seite Landwirtschaft, Handel und Industrie riesige Profite einsacken und daß diese Kreise die ungeheure Not des deutschen Volkes ebenfalls wie das Ausland ausnutzen. In der Preisgestaltung der Freistaatkartoffeln zeige sich dieses der Bevölkerung am deutlichsten. Sei die Lebenshaltung der in Arbeit Stehenden schon eine äußerst erbärmliche, dann müsse die der Unfallrentner, Invaliden, Witwen und Waisen sowie die der Erwerbslosen eine geradezu trostlose genannt werden. Für eine vierköpfige Familie verursachten die Beschaffung der kargsten Nahrungsmittel, Brennstoffe und Wohnungsmiete eine monatliche Ausgabe im Oktober von 1096,16 Mk., das entspricht einer Jahresausgabe von rund 12 703,20 Mk. Das Durchschnittseinkommen, gemessen an dem Stundenlohn von 5 Mk., beträgt im günstigsten Falle für den Arbeiter und Angestellten im Jahre 12 000 Mk. Neben den Ausgaben für Nahrung, Brennstoffe und Wohnung hat die Familie aber doch noch andere Ausgaben zu bestreiten. Als Mindestausgaben entstehen pro Jahr für Kleidung und Wäsche 1060 Mk., für Steuern 650 Mk., für Versicherungen aller Art 600 Mk. und für Genußmittel 800 Mk. Diese Ausgaben hinzugerechnet, müßte das Durchschnittseinkommen 15 556,80 Mk. oder pro Stunde 6,45 Mk. betragen. Die heutige Lebenshaltung ist natürlich, soweit die Arbeiterschaft in Frage kommt, ein Raubbau am menschlichen Körper. Sie müßte durchweg um 30 Prozent gebessert werden, um auch nur den bescheidensten Ansprüchen zu genügen. Daher müßte ein Jahreseinkommen von 20 680 Mk. oder ein Stundenlohn von 8,40 Mk. als Mindesteinkommen für die Arbeiterschaft vorhanden sein. Auch dann würde das nur der vierte Teil desjenigen sein, was in England, Amerika usw. an Löhnen gezahlt wird. Nachdem der Redner die verschiedenen Möglichkeiten und Wege beleuchtet, die eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft herbeizuführen geeignet sind, kommt er zu dem Schluß, daß nur der alte Weg der Gewerkschaften unter Ausnutzung von Konjunktur und Streik eine Besserung herbeiführen könne. Mit einem Appell an die Delegierten, für die Stärkung der Gewerkschaften zu sorgen und in der Agitation nicht zu erlahmen, schloß Redner seine Ausführungen.

In der nun einsetzenden Diskussion sprachen die Kollegen Klinger, Steegmann, Sierke, Spill, Bienkowski, Knauer und Mottschall, die mehr oder weniger die Ausführungen Kloskowskis unterstrichen und die Schaffung einer Einheitsfront auf wirtschaftlicher Grundlage befürworteten. Es wurde durchweg die Einstellung des gegenseitigen Bruderkampfes in den Gewerkschaften verlangt und zum Schlusse folgende Resolutionen resp. Entschließungen einstimmig angenommen:

„Die am 5. November tagende außerordentliche Delegiertenversammlung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes nimmt Stellung zur allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung der Danziger Arbeiter- und Angestelltenschaft. Sie stellt fest, daß die Not in den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder ständig steigt und infolge des Kartoffelwuchers und der Brennstoffpreise unerträglich wird. Die Löhne der Arbeiter und Angestellten stehen dieser Teuerung gegenüber in gar keinem Verhältnis, und das soziale Unverständnis der Behörden und Arbeitgeber aller Gewerbe gegenüber der Not ihrer Lohnempfänger verhindert eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Entlohnung derselben. Auf der andern Seite erzielen Landwirtschaft, Handel und Industrie Millionenprofite, die von den Konsumenten erpreßt werden in Gestalt übermäßig hoher Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. Angesichts dieser Zustände erwarten die Delegierten von den Gewerkschaften, daß, soweit solches noch nicht geschehen, unverzüglich Lohnbewegungen von denselben eingeleitet werden mit dem Ziele, einen angemessenen Lohnausgleich für die eingetretene Teuerung zu erreichen."

•

„An den Senat der Freien Stadt Danzig, z. Hd. d. Herrn Präsidenten Sahm, hier.

Die am 5. November 1921 tagende außerordentliche Delegiertenversammlung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig nimmt Stellung zur allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten.

Die Versammelten sind der Ansicht, daß der Senat nicht genügend Maßnahmen getroffen hat, um den Preiswucher, der mit der Freistadtkartoffel getrieben worden ist, zu unterbinden. Die im Freistaat vorhandenen Kartoffeln werden von den Produzenten und Spekulanten künstlich zurückgehalten, um noch höhere Preise von den Konsumenten zu erpressen.

Die Delegierten stellen daher den Antrag an den Senat: 1. Die im Freistaat vorhandenen Kartoffeln sofort zu beschlagnahmen. 2. Sofort ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln und Nahrungsmittel aller Art, soweit solche hier von der Landwirtschaft produziert werden, zu erlassen. 3. Festsetzung eines Höchstpreises von 35 Mk. für den Zentner Kartoffeln. 4. Festsetzung von Gefängnisstrafen für Vergehen gegen diese Verordnungen nicht unter 3 Monaten. 5. Staatliche Zuschüsse zu den Renten der Unfallverletzten, Invaliden, Witwen und Waisen, sowie für die Pensionsempfänger der früheren staatlichen Betriebe. 6. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um weitere 50 Prozent und Auszahlung einmaliger Winterbeihilfen von 200 Mark für ledige Erwerbslose, steigend bis 1000 Mk. für Verheiratete mit großer Kinderzahl und Weiterlieferung der Milch für die Kinder während des Winters. 7. Lieferung von Kartoffeln und Brennmaterial an die verheirateten Erwerbslosen und Rentner aller Art. 8. Sofortige Einrichtung von Wärmehallen während der kalten Jahreszeit.

Die Not der oben bezeichneten Volkskreise ist unerträglich geworden. Sie kann durch Erfüllung der aufgestellten Forderungen nicht beseitigt, aber gemildert werden. Die Delegierten erwarten vom Senat, daß die aufgestellten Forderungen sofort in die Tat umgesetzt werden, ehe es zu spät ist.

Allg. Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig."

Kollege Sierke bringt folgende Entschließung ein, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde:

„Die Delegiertenversammlung vom 5. 11. 21, welche durch die angenommenen Entschließungen soeben die Not und den Willensausdruck der arbeitenden Bevölkerung Danzigs zum Ausdruck gebracht hat, ruft aber gleichzeitig den Parteien zu: Stellt ein den Bruderkampf, aus dem nur der Feind seine Vorteile zieht, und einigt euch, um das große Ziel schneller zu erreichen!"

Offener Brief an den Senat.

Seit März 1921 arbeiten nunmehr die Angestellten-Gewerkschaften mit dem Senat um den Einheitstarif für die Angestellten bei Senats- und städtischen Behörden zustande zu bringen.

Am 21. Mai konnte ein fertiggestellter Entwurf nach vielstündigen Vorarbeiten dem Senat unterbreitet werden, doch erst am 30. Juni 1921 hielt es der Senat für angebracht, die Verhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen. In mehr als 20 vielstündigen Tarifsitzungen gelang es den fortgesetzten Bemühungen der unterzeichneten Gewerkschaften einen gewissen Abschluß herbeizuführen. Mangelnde Bevollmächtigung der Vertreter des Senats erschwerte die Verhandlungen ungemein und drückte ihnen den Stempel der Unsicherheit auf. Mit einem Gefühl der Erleichterung konnten in der letzten Sitzung am 10. Oktober 1921 die beiderseitigen Verhandlungsteilnehmer die Drucklegung der ersten Lesung des durchgearbeiteten Vertragswerkes beschließen. Endlich war den Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben, der Angestelltenschaft etwas Bestimmtes zu unterbreiten, was geeignet war, die hochgehenden Wogen der Erregung über die unglaubliche Verzögerung, die keinesfalls Schuld der Gewerkschaften war, zu glätten und das nicht unberechtigte Mißtrauen dem Senat gegenüber nicht noch zu vertiefen.

Mehr als 7 Monate haben die Verhandlungen bisher gedauert, ohne daß die Angestelltenschaft in den Genuß, der ihnen seit dem 1. April 1921 versprochenen Mehrbezüge gelangt waren. Ist es ein Wunder, wenn die geradezu fabelhafte Geduld und Rücksichtnahme nunmehr ihr Ende erreicht hat?

In ungezählten Versammlungen und Berichten haben die Gewerkschaften, gestützt auf die wiederholten bestimmten Versprechungen des Senats die Angestelltenschaft ruhig zu halten sich bemüht, zuletzt noch infolge der festen Zusage, die Auszahlung der gesamten Bezüge ab Mitte November, spätestens aber am 1. Dezember 1921 vorzunehmen. Wird dies möglich sein, nachdem die Drucklegung bereits 14 Tage aufgeschoben werden mußte, weil der Vizepräsident des Senats Herr Dr. Riehm, einfach das Hinausschieben derselben verfügte? Der Senat sollte in einer besonderen Sitzung das gesamte Tarifvertragswerk noch einmal eingehend durchsprechen. Was bezweckt der Senat mit dieser besonderen Sitzung, die uns nur eine erneute Verzögerung zu sein scheint? Will er das in 7 Monaten angestrengtester Arbeit zusammengebaute Tarifvertragswerk in letzter Stunde verschlechtern oder über den Haufen rennen? Die Gewerkschaften haben während diesen in der Geschichte der Gewerkschaftsarbeit fast einzig dastehenden Tarifverhandlungen äußerste Geduld und Besonnenheit gezeigt. Sie können schon aus diesem Grunde vom Senat Verständnis für die Bedürfnisse und Wünsche der Angestelltenschaft erwarten. Die bisherige Art des Verhandelns von seiten des Senats zwingt die Gewerkschaften zu der öffentlichen Feststellung, daß der Senat die Bedeutung der in Frage stehenden Tarifarbeit nicht recht erkannt hat.

Sie erklären hiermit, daß bei Nichteinhaltung des zuletzt gegebenen Versprechens, die gesamten Bezüge spätestens am 1. Dezember 1921 an die Angestellten zur Auszahlung zu bringen, die Verantwortung für etwa entstehende Folgen von ihrer Seite abgelehnt werden muß. Die Schuld trifft in diesem Falle allein den Senat.

Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA), Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften. Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände. Gewerkschaft christlicher Eisenbahner und Staatsbediensteter.

Unerlaubte Warenausfuhr. Der Schuhmacher Josef Dakowski in Pr.-Stargard kam nach Danzig und kaufte hier verschiedene Waren auf, um sie nach Stargard zu bringen. Dies wollte er ohne Ausfuhrgenehmigung tun. Am Hauptbahnhof in Danzig wurde er aber abgefaßt. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Konterbande zu 7500 Mark Geldstrafe.

720 Mark für ein 20-Markstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 7. bis 13. d. Mts. zum Preise von 720 Mark für ein 20-Markstück, 360 Mark für ein 10-Markstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Wilhelmtheater. Wie schon mitgeteilt, veranstaltet der Internationale Artisten-Verband „Sicher wie Gold" von 1891 aus Anlaß seines 30jährigen Bestehens ein Künstlerfest am Sonnabend, den 12 November, abends 8 Uhr, im Wilhelmtheater und soll der Ueberschuß des Festes der Unterstützungskasse des Verbandes und der Lungenheilstätte Jenkau zufließen. Die Veranstaltung besteht in Festkonzert des Schutzpolizei-Musikkorps und Festvorstellung in der geschätzte Künstlerinnen der hiesigen Theater und Varietés mitwirken. Ein Festball sowie weitere Belustigungen sind vorgesehen.

Danziger Nachrichten.

Der Ansturm der Verbraucher.

Wir erleben jetzt einen außerordentlich starken Ansturm der Verbraucher auf die Bekleidungsgeschäfte in Danzig. Die Verbraucher zahlen jeden Preis und die Geschäfte können die Kundschaft nur mit aller Anstrengung befriedigen. Das Personal ist überarbeitet, wie in der Weihnachtszeit und die Geschäfte müssen zeitweise schließen, um die Sachen aufräumen zu können. Die Bekleidungswaren standen bereits seit Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung im Preise außerordentlich hoch, jetzt aber zahlen die Verbraucher jeden Preis und die Geschäfte lassen die Preise von Tag zu Tag weiter ansteigen. Es werden Phantasiepreise genommen. Woher kommt das? Ist das volkswirtschaftlich gut oder schlecht? Welches sind die letzten tiefsten Beweggründe?

Die Bevölkerung gibt sich selten genaue Rechenschaft über ihr Tun, sie folgt dem allgemeinen Strom. Es genügt, wenn auch die Nachbarin aufgestört ins Geschäft läuft. Schlagworte genügen, wie: Sturz der Mark, Öffnung der polnischen Grenze, Ausverkauf usw. Eine strenge, wissenschaftliche Nachprüfung der Bedeutung dieser Schlagworte erfolgt nicht. Diese Nachprüfung ist auch, zum Segen für die Spekulanten und Schwindler an den Börsen der Welt und der großen Macher, sehr schwierig. Die großen Geldfürsten setzen auch alles daran, die klaren geraden Straßen durch Irrgänge zu ersetzen, in denen sich das Volk verliert. Uns fehlt auch die gemeinwirtschaftliche Staatsleitung, die selber klar sieht und dem Volke die vorbereiteten Richtpunkte zeigt. Und nun gar unser Senat! Beim Mangel einer besseren Unterricht hört man auf die Nachbarin.

Was bedeuten nun die Schlagworte? Sturz der Mark, d. h. das Verhältnis der deutschen Mark zur ausländischen Währung ist für die deutsche Mark schlechter, für die ausländische Währung besser geworden. Die Valuta (Wert) der deutschen Mark im Auslande ist gesunken. Woher kommt das? Durch den Verlust eines Teiles des oberschlesischen Industriegebietes ist Deutschland geschädigt. Dies alles hat sich die hohe Börsenspekulation zunutze gemacht und den Sturz der Mark verkündet. Die Verkündung allein genügt bereits für das leichtgläubige Publikum. Die Börsenfürsten verleihen ihrer Verkündung aber unwiderstehlichen Nachdruck, indem sie selber ihre Milliarden deutscher Mark an der Börse verkaufen. Das starke Angebot an Mark senkt die Valuta. Nun stürzt jeder Geldhändler im Auslande zur Börse oder zur nächsten Bank und verkauft sein deutsches Geld um jeden Preis. Je tiefer die Valuta sinkt, desto stärker das Angebot. Die ganzen ausländischen deutschen Milliarden kommen in Bewegung. Die Börsenfürsten stehen lächelnd dabei und freuen sich über ihr glänzend gelungenes Börsenspiel. Wenn nach ihrem Gutdünken die Valuta der deutschen Mark tief genug gesunken ist, dann werden sie wieder mit dem Ankauf der Mark beginnen. Das Angebot der Mark geht dann zurück, die Nachfrage hebt sich, die Valuta steigt und das Geschäft beginnt von neuem. Und dieser Kreislauf darf nie aufhören, widrigenfalls die Börsenspekulanten und Geldfürsten als solche verhungern müßten, was doch sicher äußerst schmerzlich wäre.

Was bedeutet nun der Sturz der Mark? Schwindel! — Freilich ein Schwindel, der sehr ernste volkswirtschaftliche Folgen hat. Das Sinken der Valuta bedeutet eine Steigerung der Preise im deutschen Inlande. Würde sich der deutsche Verbraucher in dieser Zeit möglichst zurückhalten, so würde dadurch die Preissteigerung gehemmt werden. Auf den augenblicklichen Zustand in Danzig angewandt, so kann der Rat an die Verbraucher nur dahin gehen, sich durch das Schlagwort vom Sturze der Mark nicht ängstigen zu lassen und statt dessen seine Einkäufe mit Ruhe zu machen und vor allem keine Phantasiepreise zu zahlen.

Aus dem Osten.

Bei den Krankenkassenwahlen in Tilsit erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 852 Stimmen und die der vereinigten evangelischen und katholischen Arbeitervereine 42 Stimmen. Es haben hierdurch die freien Gewerkschaften 39, die evangelischen und katholischen Arbeitervereine einen Sitz errungen.

Insterburg. Mit sichtbarer Schadenfreude berichten bürgerliche Blätter, über einen Vorfall, der dem sozialdemokratischen Stadtv. Weidemann eine Anklage wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung eingebracht hat. Es handelt sich um folgenden Tatbestand: Humorist L. im Flora-Wintergarten zu Insterburg bietet dort sogenannte „Schlager", die der Lehrer W. als Anwurf gegen republikanische Gesinnung empfand. Er protestierte dagegen durch Zwischenrufe, worauf der Humorist mit der Bezeichnung „Idiot" entgegnete. W. schleuderte die Kaffeetasse nach dem Unverschämten, trifft jedoch den Oberarm einer Dame. Erfolg: angebliche Körperverletzung, Sachbeschädigung durch Kaffee. — Strafantrag. — Zugegeben, daß Gen. Weidemann unter dem Eindruck der schweren Beleidigung nicht Herr seines Temperaments geblieben ist. Doch darf man wohl einen bescheidenen Hinweis machen: Ein öffentliches Lokal ist Gaststätte für alle, da wird nicht aufgepeitscht und aufgeputscht; da serviert man nicht ranzige, ekelhafte Nationalschmarren, sondern gesunde Geisteskost, an der sich niemand den Magen verdirbt. Besitzt ein Mensch nicht die nötige Gehirnsubstanz zu anständiger und neutralen Humoristika, so soll er alles andere werden, nur nicht Humorist. Uebrigens darf ein Beleidiger sich durchaus gratulieren, wenn sein Verhalten nur kleine Restaurationskassen auslöst; es könnte bei geringerer Rücksichtnahme vielleicht mal ein mitternächtiges „Tränenkrüglein" flüssig gemacht werden. Jedem das Seine!

Danziger Nachrichten.

Maßnahmen gegen die Kartoffelnot.

Der Senat beabsichtigt 100 000 Zentner Kartoffeln aufkaufen zu lassen. Zu diesem Zweck ist eine Gesellschaft gebildet worden, bestehend aus den Kartoffelhändlern und der Landwirtschaftlichen Großhandelsgesellschaft. Diese Gesellschaft lagert die artoffeln ein. Die Stadt garantiert die Einkaufspreise, die Unkosten und 10 Prozent Gewinn. Seitens der Stadt wird eine Ernährungskommission gewählt, die die Maßnahmen der Gesellschaft überwacht. In Pommerellen kostet ein Zentner Kartoffeln zurzeit 200 deutsche Mark. Das würde einem Kleinhandelspreis von 2,50 pro Pfund entsprechen.

Diesen Preis kann die arbeitende Bevölkerung selbstverständlich nicht zahlen. Auf die Preisgestaltung in Pommerellen haben wir keinen Einfluß. Um so dringender muß die Forderung erhoben werden, daß die noch vorhandenen Freistaatkartoffeln beschlagnahmt werden. Im Volkstag erklärte ein deutschnationaler Landwirt, daß im Freistaat noch etwa 200 000 Zentner Kartoffeln vorhanden sind. Nach Abzug von 50 000 Zentnern für Selbstverbrauch und Saatgut, bleiben 150 000 Zentner für Ernährungszwecke übrig. Diese Kartoffeln müssen restlos beschlagnahmt und zu einem angemessenen Preis von 85 Mark abgeliefert werden. Wer seinen Ablieferungspflichten nicht nachkommt, hat die Differenz zwischen dem festgesetzten Preis und dem Auslandspreis zu zahlen. Wenn diese Forderung verwirklicht wird, ist der dringendsten Not vorgebeugt.

Sieg der freien Gewerkschaften bei der Betriebskrankenkassenwahl in der Gasanstalt.

Bei der Wahl zur Betriebskrankenkasse der Gasanstalt wurden insgesamt 483 Stimmen abgeben. Davon entfielen auf die Liste 1 des Vorstandes 48, Liste 2 der freien Gewerkschaften 364, Liste 3 der christlichen Gewerkschaft 69 Stimmen. Ungültig waren 2 Stimmen. — Der Ausgang dieser Wahl ist ein erfreulicher Auftakt zu den Wahlen der Allgemeinen Ortskrankenkasse am kommenden Sonntag. Auch diese Wahl muß den freien Gewerkschaften den Einfluß sichern, der ihnen zusteht, damit sie die Interessen der Versicherten energisch wahrnehmen können.

Neue Lohnvereinbarung im Stuckgewerbe.

Am gestrigen Tage fanden Lohnverhandlungen im Stuckgewerbe statt, die damit endeten, daß auf die bestehenden Löhne vom 28. Oktober ab eine Zulage von 25 Prozent zugebilligt wurde, mit der Maßgabe, daß ungerade Zahlen nach oben auf 5 Pfennig abgerundet werden. Demnach beträgt der Stundenlohn für einen Stukkateur 8,90 Mark, für einen Hilfsarbeiter 7,85 Mark. Am heutigen Tage nimmt eine Versammlung der Stukkateure, die dem Deutschen Bauarbeiter-Verband angeschlossen sind, zu dem Verhandlungsergebnis Stellung.

Die Landwirte für weitere Erhöhung des Milchpreises.

Zwischen dem Senator Jansson, dem Landbund und dem Hartkäse- und Milchhändlerverband war im Oktober vereinbart, daß der Kleinhandelspreis für Vollmilch 2,80 Mark bis zum 15. November nicht übersteigen darf. Wie dies Versprechen gehalten worden ist, wissen unsere Hausfrauen am besten. Gestern nachmittag sollte eine Sitzung der gleichen Organisationen stattfinden, um über die Milchpreise zu beraten. Der Landbund, d er wohl die wichtigste Organisation ist, war nicht erschienen. Er fühlte sich auch nicht veranlaßt, die Gründe seines Fernbleibens mitzuteilen. Diese sind durchsichtig genug. Die Herrschaften wollen keine Preisbindung. ihr Bestreben ist, die Bevölkerung unbarmherzig auszubeuten. Das Steigen der polnischen Valuta wird veranlassen, daß die Zufuhr an Milch aus Pommerellen beeinträchtigt wird. In Königsberg haben die Landwirte und Milchhändler vereinbart, daß ein Liter Vollmilch nicht mehr als 2,99 Mark im Kleinverkauf kosten darf. Unsere Landwirte, die sich im Volkstage als „Freunde der Konsumenten“ hinstellen, sind selbst mit einem solchen Wucherpreis nicht zufrieden.

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise in Sicht! Die Straßenbahn beabsichtigt, demnächst an den Senat und den Verkehrsausschuß heranzutreten mit dem Ersuchen, in eine entsprechende Erhöhung der Tarife zu willigen, und zwar bei den Fahrkarten von 50 bis 70 Pfg. um 10 Pfg., bei den höheren um 20 und 30 Pfg., bei den Rückfahrkarten um 30 und 40 Pfg. Auch die Zeitkarten sollen erhöht werden, die von 21 auf 25 Mk. usw. bis von 68 auf 80 Mark. Die Direktion der Straßenbahn begründet die erhebliche Steigerung der Fahrpreise mit dem angeblich großen Fehlbetrage. Dabei ist nicht zu vergessen, daß sich die Gesellschaft eine 7 prozentige Dividende von der Stadt hat garantieren lassen.

Vom Parteitagsbericht mußten wir den vom Genossen Gehl erstatteten Vortrag über die Tätigkeit der Volkstagsfraktion infolge Platzmangels auf morgen zurückstellen.

Beendigte Lohnbewegung im Kohlengewerbe. Am Sonntag fand eine Versammlung für sämtliche Kohlenarbeiter statt. In dieser erstatteten die Verbandsvertreter Bericht über die Verhandlungen mit dem Allgemeinen Arbeitgeber-Verband. In der umfangreichen Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Angebot der Arbeitgeber den heutigen Zeitverhältnissen und Lebensmittelpreisen nicht entspricht. Dennoch haben die Arbeitnehmer das Angebot mit schwerem Herzen nur des Friedens wegen in ihren Betrieben angenommen. Die Neuregelung bringt einen Wochenlohn für die Arbeiter von 290 Mark und für die Kutscher von 275 Mark. Die Löhne sind rückwirkend vom 1. November zu zahlen.

Der Streik in der Kattowitzer Eisenhandlung Schellmühl beendet. Gestern fanden Verhandlungen zwischen der Direktion, den Organisationen und dem Arbeiterausschuß über den Lohnstreit in der Kattowitzer Eisenhandlung statt. Nach längeren Verhandlungen machte die Direktion ein Angebot einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe von 600 Mark pro Mann. Davon werden jetzt 300 Mark gezahlt und am 15. Dez. nochmals 300 Mark. Die Arbeitnehmer haben dieses Angebot angenommen, mithin ist der 14 tägige Streik beendet. — Ferner ist mit der Handels- und Transportgesellschaft m. b. H., Danzig ein Tarifvertrag vereinbart worden, der Lohnsätze von 300 Mark für die Arbeiter und 320 Mark für die Kutscher vorsieht. Außerdem sind eine Reihe von Verbesserungen, wie Anerkennung des § 616 B.G.B., sowie Bezahlung der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage, zugesichert worden. Der Lohnstreit ist damit auch hier beendet.

Die beleidigte Schupo. Am Tage des Generalstreiks, dem 4. August, nahm der Hausierer O. M. in Danzig einen über den Durst und als er nun auf der Straße die Sicherheitswehr sah, meinte er: Euch Luntrosse müßte man auch einsperren. Deshalb wurden seine Personalien festgestellt und er stand nun vor dem Schöffengericht. Ein Wachtmeister der Sicherheitswehr bekundete, daß die Sicherheitswehr die Aufgabe hatte, die Straße zu säubern. Dabei fiel die beleidigende Aeußerung. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe.

Eine Razzia auf dem Langenmarkt. Gestern mittag wurde die „schwarze Börse“ auf dem Langenmarkt aufgehoben. Alle Straßenzugänge waren plötzlich besetzt, alle Hauseingänge gesperrt. Alles was sich nicht genügend ausweisen konnte, mußte die Lastautos besteigen. Von den Festgenommenen sind etwa 20 Personen in Danzig nicht polizeilich gemeldet, andere sind wieder zurückgekehrt, obwohl sie schon einmal abgeschoben worden sind. Es ist damit zu rechnen, daß die Razzia wiederholt wird. Es wäre nur zu begrüßen, wenn diese fragwürdigen Gestalten vom Langenmarkt verschwinden. Ihre „Tätigkeit“ ist wirklich nicht für die Allgemeinheit von Interesse.

Revisionen müssen begründet sein. Da wir in Danzig das höchste Gericht im Freistaat haben, glaubt man vielfach, man könne gegen Urteile der Strafkammer so einfach Revision einlegen und die Sache werde dann nochmals verhandelt. Das trifft aber nicht zu. Zum Unterschied von Einsprüchen gegen Strafbefehle und Berufungen gegen Schöffengerichtsurteile müssen Revisionen begründet werden und sie müssen sich auf tatsächliche Feststellungen der Strafkammern stützen. Dies kann auch nur durch einen Rechtsanwalt erfolgen. Ein Apothekenbesitzer legte gegen eine Verurteilung durch die Strafkammer Revision ein. In der Revisionsschrift wurde gesagt, daß das Urteil seinem ganzen Umfange nach in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung angefochten wird. Das Obergericht wies die Revision als unzulässig zurück. In der Urteilsbegründung heißt es: Die Revisionsrechtfertigung entspricht der zwingenden Vorschrift des § 384 StPO. insofern nicht, als sie die Begründung des gestellten Revisionsantrages vermissen läßt. Aus der Begründung muß hervorgehen, ob das Urteil wegen Verletzung einer Rechtsnorm über das Verfahren oder wegen Verletzung einer anderen Rechtsnorm angefochten wird. Ersterenfalls müssen die die Mängel enthaltenden Tatsachen angegeben [illegible] forderungen ist nicht genügt [illegible] richtig, daß die Revisionsrechtfertigung einer dem Angeklagten wohlwollenden Nachprüfung zu unterziehen ist, durch die dem wirklichen Willen des Angeklagten Rechnung getragen wird. Eine solche Auslegung kann jedoch nicht zu einem Verzicht auf die Beobachtung von wesentlichen Förmlichkeiten führen, die das Gesetz zwingend vorschreibt. Die Strafprozeßordnung will nach Möglichkeit leichtfertige und unbegründete Revisionen verhindern. Zu diesem Zweck ist jede Revision der Vorprüfung durch einen Rechtskundigen unterworfen. Mit gutem Grunde hat der Gesetzgeber deshalb diese Mindestanforderungen bei einer Revisionsbegründung zu einer wesentlichen Förmlichkeit erhoben, deren Verletzung die Revision unzulässig macht.

Fahrlässige Milchverfälschung und ihre „Bestrafung“. Der Gutsbesitzer Regin in Trutenau lieferte nach Danzig Vollmilch, der ein Drittel des Fettgehalts durch Entrahmen genommen war. Das Schöffengericht sprach ihn wegen Milchverfälschung frei, da ihm persönlich die Fälschung nicht nachzuweisen war. Der Amtsanwalt legte Berufung ein und die Berufungsstrafkammer erkannte dahin, daß der Angeklagte fahrlässig gehandelt habe, indem er sich nicht genügend um den Milchbetrieb kümmerte. Wegen fahrlässiger Milchverfälschung wurde er zu 150 Mark Geldstrafe (?) verurteilt.

Der Kreistag des Kreises Danziger Niederung wählte in seiner gestrigen Sitzung zunächst eine Reihe Schiedsmänner und deren Stellvertreter. In das Pachteinigungsamt wurden gewählt aus dem Kreise der Verpächter: Besitzer Paul Schulz-Müggenhahl, Pfarrer Christiani-Trutenau, Lehrer Gottke-Gottswalde, Oberförster Arndt-Steegen; aus der Reihe der Pächter: Johann Wiebe-Gr. Waldorf, Kallien-Stüblau, Emil Dobenhoest-Steegen, August Wendt-Wotzlaff. Für die Lungenheilstätte Jenkau wurden zwei Betten im Betrage von 20 000 Mark gestiftet. Ferner wurde die Aufnahme eines Darlehns bis zu 400 000 Mark zum Wohnungsbau beschlossen. Außerdem wurde eine Abänderung der Kreishundesteuer vorgenommen, nach der die Führerhunde der Kriegsblinden steuerfrei sind.

Ein Doppelmord in Platenhof. Von Einbrechern wurde in der Nacht zu Sonnabend auf seinem eigenen Grundstück der 28 jährige Hofbesitzer Hans Mecklenburger in Platenhof bei Tiegenhof sowie seine 26 jährige Ehefrau erschossen, als sie Einbrechern, die in ihre Scheune eingedrungen waren, entgegentreten wollten. Als der Tat verdächtig wurden die Arbeiter Metzeh aus Orloff und Hausmann aus Marienau verhaftet und ins Tiegenhofer Gerichtsgefängnis eingeliefert. Das ermordete Ehepaar hinterläßt ein 1½ jähriges Söhnchen.

Aus der Geschäftswelt. Mit dem heutigen Tage eröffnet Herr Willy Werner im Hause Beutlergasse 4 ein Feinkost- und Delikatessengeschäft. Außer sämtlichen Delikatessen der Saison zu zivilen Tagespreisen, werden Konserven in großer Auswahl, Kognak und Liköre der bekanntesten Danziger Firmen geführt. Wir verweisen unsere Leser auf das Inserat in der heutigen Ausgabe.

Kleine Nachrichten.

Der Kommunist Brandler, der aus der Strafanstalt in Gollnow ausgebrochen ist, soll nach einer Rosta-Meldung bereits vor zwei Tagen in Moskau eingetroffen sein. Dieser Tage kursierte die Nachricht, daß sich Brandler in Danzig aufhalten soll. Welche Mitteilung die richtige ist, wird man abwarten müssen.

Versammlungs-Anzeiger

Jungsozialistengruppe.
Heute, Dienstag, den 8. November, abends 7 Uhr, in der Aula der Schule Heilige Geistgasse 111: **Bunter Abend.** Jedes junge Parteimitglied wird um sein Erscheinen gebeten. Gäste können eingeführt werden.

Deutscher Metallarbeiterverband.
Maschinenbau: Dienstag, den 8. November, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Freitag, den 11. November, abends 6 Uhr bei Steppuhn: Außerordentliche Vertrauensmännerversammlung. Zutritt haben sämtliche Vertrauensleute mit blauen und roten Karten. Tagesordnung: Stellungnahme zur zentralen Lohnforderung der Metallindustrie. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Polizeibericht vom 8. November 1921. Festgenommen: 17 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Bettelns, 1 wegen Schmuggelns, 1 wegen Bedrohung, 10 in Polizeihaft. Obdachlos: 2 Personen.

Wasserstandsnachrichten am 8. November 1921.

	6. 11.	7. 11.			
Zawichost	+ 0,62	+ 0,60	Montauerspitze	— 0,30	— 0,27
Warschau	+ 0,84	+ 0,88	Pieckel	— 0,28	— 0,26
Plock	+ 0,35	+ 0,38	Dirschau	— 0,40	— 0,39
	7. 11.	8. 11.	Einlage	+ 2,54	+ 2,74
Thorn	— 0,10	— 0,09	Schiewenhorst	+ 2,68	+ 3,20
Fordon	— 0,17	— 0,16	Schönau O. P.	+ 6,49	+ 6,44
Culm	— 0,29	— 0,32	Galgenberg O. P.	+ 4,72	+ 4,63
Graudenz	— 0,14	— 0,15	Neuhorsterbusch	+ 2,04	+ 2,06
Kurzebrack	— 0,18	— 0,21	Anwachs	+ 0,—	+ 0,—

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Auszl. —)	10,70	am Vortage 10,00
Dollar:	315	278
Engl. Pfund:	1215	1030
Franz. Franks:	25,00	17,70
Schweiz. Franks:	34,90	—

Danziger Stadttheater.

Oscar Wilde: „Lady Windermeres Fächer“. (2. Aufführung)

Wann soll man dieses Stück aufführen? Erstens wenn ein Theater (das kaum in der Provinz liegen dürfte) die nötige Spezialtruppe dafür verfügt, zweitens, wenn der parfümierte Salon wieder Trumpf ist und drittens, wenn die deutschen Dramatiker infolge noch größerer Nichtbeachtung der Dramaturgen und Theaterdirektoren ganz ausgestorben sind; was in nicht unabsehbarer Zeit der Fall sein dürfte. Ergo —

Was den „Fall“ belangt, so ist es Oskar Wilde darum zu tun, der bigotten und prüden englischen Gesellschaft eins zu versetzen. Er hat sich zwar sehr gewichtig um dieser Frau willen, der es weit ernster scheint, wieder Eintritt in die Salons der herrschenden Klassen zu erlangen, als den Makel einer besudelten und wohlfeil verspielten Gattin und Mutterschaft auszulöschen. Dieses wäre ihrer Mühen wert, jenes aber ist eine Angelegenheit rein persönlicher Eitelkeit. Tatsächlich ist aber das Bild dieser Mrs. Erlynne so verschwommen und mit den von Wilde ausgestatteten Zügen einer hohlen Globetrotterin, die plötzlich Muttergefühle bei sich entdeckt, so reichlich süß, rührselig und kitschig, daß es sich nicht verlohnt, ihr Tun und Lassen einer Untersuchung zu unterziehen.

Wie schon gesagt, geißelt Wilde wie sein weiterer Landsmann Shaw die Gesellschaft, aber wo der Drauflosmöbelt, daß die porösen seidenen Fetzen fliegen, kitzelt jener schäkerhaft mit einer Rute und kokettiert mit der Schönen, die er im Grunde seines Herzens sehnsüchtig liebt und der er angehört. Wie er es in seinem Leben war, ist es Wilde auch in dieser Kunst, ein galalatter Artist, ein Poseur, der sich als der geborene Bourgeois wahnsinnig interessant vorkommt, in „Sozialismus“ zu machen; der weit davon entfernt ist, das zu glauben, was er tun und sagen läßt und der —was nicht vergessen werden darf — auch dieses Stück schrieb, weil er wieder einmal im Dalles war und Geld brauchte. Das Ganze ist nichts weiter als eine raffiniert gute Mache. Alles schillert und glitzert, sprüht und funkelt. Das Stilett des Wortes führt er virtuos und kennt auch als Dramatiker kaum Atempausen. Ein feiner Kopf war dieser Engländer schon, der Knaben liebte, ihretwegen ins Zuchthaus ging und dann fern der Heimat, ein später Weiser, in einer Boulevardmansarde elend verkam.

Das Stück fand bei seiner gestrigen Aufführung viel entzückte Jasager. Seine Darbietung ist kaum diskutabel. Es wurde unter Heinz Bredes Leitung irgend ein recht amüsantes Gesellschaftsstück, das mit seinem Empfangsabend bei Lords mit all der kläglichen Unzulänglichkeit in jeder Hinsicht fast einen groteskkomischen Anstrich bekam. Das Ganze: mehr Sudermann als Sardou oder besser: Sudermann statt Sardou; und zwar der böse Sudermann à la „Blumenboot“. Dabei fiel natürlich viel von dem pikanten, paradoxen, unterhaltsamen Wilde unter die „Hintertreppe“. Über die einzelnen Darsteller boten manches Gute. Marthe Kaufmann als Lady Windermere, wo sie herbe, keusche Fraulichkeit gab, Dora Ottenburg in blendenden Toiletten, vorzüglich im letzten Akt, dem sie durch die mondäne Sicherheit und glücklich unsentimentale Auffassung der kitschigen Abschiedsszene eigenes Gesicht gab. Arthur Armands Naturell ist der lebensvollen Gestaltung solcher Salonhelden abhold, aber seine stille Güte und aufrechte Männlichkeit wirkte wie ein ruhender Pol. W. Omankowski.

Vermischtes.

Das Kesseltreiben gegen die Freiheit der Kunst. Vor dem Landgericht 3 in Berlin unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Brunnhausen begann Sonnabend die Verhandlung gegen die Direktoren Frau Eysoldt und Sladek, sowie den Regisseur Reusch und 10 Schauspieler und Schauspielerinnen des Kleinen Schauspielhauses wegen Erregung öffentlichen Aergernisses durch Darstellung des Schnitzlerschen „Reigen". Die Anklage wurde durch Staatsanwaltschaftsrat v. Bradike vertreten, die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Wolfgang Heine, Justizrat Dr. Rosenberger und Rechtsanwalt Neumond. Auf Antrag des Rechtsanwalt Heine beschloß das Gericht das Anerbieten der Angeklagten für das Gericht, die Zeugen und Sachverständigen eine separate Vorstellung zu veranstalten. Die Vorstellung fand am Sonntag vormittag statt und wurde vom Vorsitzenden des Gerichtshofes durch Namensaufruf der Zeugen und Sachverständigen, denen für den Fall des Nichterscheinens Strafe angedroht war, eröffnet, mit der Mahnung, sich jedes Zeichens des Beifalls oder Mißfallens zu enthalten, da es sich nicht um eine Theatervorstellung sondern um einen Lokaltermin handle. Die Aufführung verlief ohne Zwischenfall. In der Sonnabendsitzung stellte Rechtsanwalt Heine noch fest, daß ein großer Teil der geladenen Belastungszeugen sich an den Skandalszenen bei den früheren Aufführungen beteiligt haben. Staatsanwalt v. Bradike stellte den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit. Das Gericht lehnte den Antrag ab, da von einer öffentlichen Verhandlung eine Gefährdung der Sittlichkeit nicht zu erwarten ist. Es wurden dann zunächst die Angeschuldigten vernommen. Zu lauten Heiterkeitsausbrüchen, die den Vorsitzenden zu einer Drohung mit der Räumung des Zuhörerraums veranlaßten, kam es, als der Angeklagte Forster die Tatsache, daß die Staatsanwaltschaft selbst den Rhythmus der Zwischenaktsmusik als auf unzüchtigen Verkehr hinweisend bezeichnet, als die größte Erfindung dieses Jahrhundert bezeichnet. Das Interessanteste dabei sei, daß er die „unzüchtige" Musik im Jahre 1907, also als er den „Reigen" noch gar nicht kannte, als „Valse noir", als einen „tragischen Walzer" komponiert habe. In der Beweisaufnahme traten die merkwürdigsten Typen von Theaterbesuchern auf. Geh. Regierungsrat Professor Faßbender hatte das H e r a b l a s s e n d e s V o r h a n g e s in dem Augenblick, wo die Illusion und die Phantasie am stärksten erregt war als b e s o n d e r s a n s t ö ß i g und vielsagend empfunden. Eine Zeugin, die 71jährige Frau von Braunschweig, eine geborene Freiin, ist Vorsitzende des Berliner Frauenvereins, des Berliner kirchlich-sozialen Frauenvereins, des Berliner Frauenbundes zur Hebung der Sittlichkeit und ist im Ausschuß zur Hebung der Volkssittlichkeit. Sie habe das Stück selbst nicht gesehen, aber Anstoß an den Plakaten genommen, auf denen von „Soldat und Dirne" die Rede war. Die Verhandlung wurde auf Dienstag vertagt.

Der Tod in den Bergen. In den österreichischen Gebirgen haben im letzten Jahr 104 Personen ihren Tod gefunden. Soweit die näheren Umstände bekannt wurden, sind 17 Touristen im Gebirge erfroren, 85 verunglückten durch Absturz vom Fels, darunter 6 durch Ausbrechen von Steinen, die Halt geben sollten. Durch Ausgleiten auf Rasenbändern verunglückten 3, ferner durch Steinschlag 5 Personen. Auf Gletschern gingen 11 Personen zugrunde, an Erschöpfung starben 8 Touristen. Beim Edelweißpflücken stürzen 4 und beim Beerensammeln 2 Personen zu Tode. Bei der Jagd stürzte ein Tourist von der Felswand. Auffällig ist die Zahl der Vermißten, die nachweislich eine Bergtour vorhatten. Wenn man die 8 Vermißten im Hinblick auf die lange Verschollenheit zu den Toten rechnet, so stellt sich die Zahl der Todesopfer der Berge auf 104 Personen.

Ein freigewerkschaftlicher Erfolg. Bei der Wahl zum Berggewerbegericht in Aachen erhielten die freien Gewerkschaften 5 und die christlichen Gewerkschaften 8 Mandate. Bisher waren alle Beisitzerstellen mit christlichen Gewerkschaftlern besetzt. Die Kommunisten hatten sich für Wahlenthaltung ausgesprochen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: F r i t z W e b e r, Danzig; für Inserate B r u n o E w e r t in Oliva. — Druck und Verlag von J. G e h l u. C o., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Einschränkung des Brennrechts für Kartoffeln.

Auf Grund der Verordnungen vom 22. Mai 1916 und vom 18. August 1917 zur Sicherung der Volksernährung wird angeordnet:

1. Höchstens 20% Spiritus des Durchschnittsbrandes dürfen für das Wirtschaftsjahr 1921/22 von den Brennereien im Gebiet der Freien Stadt aus Kartoffeln hergestellt werden.
2. Zur Herstellung von Spiritus aus Kartoffeln dürfen die Brennereien nur solche Kartoffeln verwenden, welche für die menschliche Ernährung nicht geeignet sind.
3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu Mk. 10000 oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.
4. Mit der Durchführung dieser Verordnung, insbesondere mit der Ueberwachung der Brennereien, wird die Oberzolldirektion der Freien Stadt Danzig beauftragt.
5. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Danzig, den 4. November 1921. (5531

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Stadttheater Danzig.
Direktion: Rudolf Schaper.
Dienstag, den 8. November, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2.
Die Königskinder
Märchenoper in 3 Aufzügen. Musik von Engelbert Humperdinck. In Szene gesetzt von Oberspielleiter Julius Brischke. Musikalische Leitung: Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10¼ Uhr.
Mittwoch, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 2. „Das Nachtlager von Granada." Romantische Oper. Hierauf: Tanzbilder.

Wilhelm-Theater
vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann
Heute, Dienstag, den 8. November, abends 8 Uhr
Kassenöffnung 7 Uhr.
Stieberitz-Konzert
Morgen, Mittwoch, d. 9. November, abends 7½ Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr.
„Die Tanzgräfin"
Operette in 3 Akten. Musik von Rob. Stolz.
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5510
„Libelle"
Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Oberammergauer Passionsspiele
Männer, Frauen, Kinder
5226 zur Statisterie
für die Passionsaufführungen gesucht.
Meldungen am 10. November, 4 Uhr im Schützenhaus.

Sporthalle
Gr. Allee DIELE Telef. 706
Inhaber: Reinhard Bahlig
Täglich 4½ Uhr nachmittags
KÜNSTLER-KONZERT
Emil Wehrhahn, Repräsentant
Künstlerkapelle Herbert · Schrammeln
Mocca Kein Weinzwang Echte Biere 5508

Einmaliges
Tanz-Gastspiel
Irail Gadescov
und
Magda Bauer
Gadescov, Solotänzer des Kais. Russ. Balletts im Metropolitan Opera House in New-York. Magda Bauer, Leiterin des Balletts vom Künstlertheater in München.
am 15. November, abds. 8 Uhr
im Fried.-Wilhelm-Schützenhaus
Aus dem Programm: Oriental. Kriegstanz, Ägyptischer Tanz, Harlekin und Puppe, Hirtentanz, Valse brillante von Chopin u. a.
Blüthner-Flügel aus d. Magazin Richter & Co.
Kartenverkauf bei John & Rosenberg, Kohlenmarkt und in der Buchhandlung Twardy, Zoppot. 5323

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55 (5520
Nur noch bis einschließlich Donnerstag!
Der hervorragende Spielplan!
Patience
(Die Karten des Todes)
Eine schottische Ballade in 6 Akten
„Tom Black, der Verbrecherfürst"
II. Teil: „Der tote Passagier"
Kriminal-Drama in 5 Akten
„Nobody" V. Episode:
„Eine Milliarde Falschgeld"

Internationaler Artisten-Verband 1891
Sicher wie Jold
Sektion Danzig
Sonnabend, den 12. November 1921, 8 Uhr
Zur Feier des 30jähr. Bestehens des Verbandes
Das große (5526
Wohltätigkeits-Künstler-Fest
bestehend in
Fest-Konzert / Fest-Vorstellung
Fest-Ball / Fest-Belustigungen
zum Besten der Unterstützungskasse von Sicher wie Jold u. der Lungenheilstätte Jenkau
im Wilhelm-Theater!
Alles Nähere weitere Bekanntmachungen.

Alfred Ruhbach
der bekannte Danziger Komiker
ist im November frei
für Vereine und Festlichkeiten.
Adr.: Heil. Geistgasse 30, I. (5525

Massanfertigung
vornehmer Herren- u. Damengarderoben
Gute Stoffe und Zutaten
noch zu vorteilhaften Preisen. Reelle Bedienung. Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen.
Fr. Platzeck, Schneidermeister
Tischlergasse Nr. 42, 2 Treppen. (5490

Zigaretten
für Qualitäts-Raucher
aus feinsten
orientalischen Tabaken
(5520
№ 18 J. Borg Zopportas m. M. Stambul Gold :: Kork	Baltikum J. B. Mondain

Heute Neueröffnung!
Feinkost und Delikatessen
Willy Werner, Beutlergasse Nr. 4
zwischen Langgasse und Marienkirche.
Sämtliche Delikatessen der Saison
zu äußerst billigen Tagespreisen.
Kognak und Liköre der bekanntesten Firmen Danzigs.
Konserven in grosser Auswahl.
5521)

Billig und doch gut
kaufen Sie moderne fertige
Herren-Bekleidung
sowie gutsitzende Maßanfertigung
bei J. Czerninski
Danzig, Altstädt. Graben 96/97
Eingang Kleine Mühlengasse.

Eiserne Oefen, Karbid
in klein. u. großen Mengen verkauft billig (5439
L. Fenselau & Co., Petersiliengasse 9.

Nähmaschinen-
reparaturen rasch u. billig.
Bernstein u. Comp.
Langgasse 50. (5136

Neueröffnung!
Spezial-Kürschner-Werkstatt
Mäntel, Jacketts, Herren-Pelze sowie Konfektion
Umarbeitungen u. Reparaturen
Garantiere für sparsame und sauberste Verarbeitung! Billigste Berechnung! (5488
K. Frühling, Frauengasse 38, II.

Metallbureau Noll
1 Treppe II. Damm Nr. 9 1 Treppe
zahlt allerhöchste Preise für
Gold- und Silbermünzen -- Tagespreis:
Bruchgold 900 — gr. 75.— Mk.
„ 750 — „ 55.— „
„ 585 — „ 45.— „ (5522
„ 333 — „ 20.— „
Bruchsilber . . . . „ 1.25 „
sowie für Gold, Platin, Gebisse und Uhren
NOLL, II. Damm Nr. 9, 1 Treppe.

5458
Billig **MOBEL** Billig
jeder Art. Ganze Wohnungseinrichtungen auch einzelne Stücke kaufen Sie bei
Fenselau Altstädtischer Graben Nr. 35.

Stenographie
Einzelunterricht 4971
Tages- u. Abendkurse.
Otto Siede, Neugarten 11, I

Billige Puppen
und Babys zu verkaufen.
Reparaturen billigst. (
E. Winkler, Johannisg. 63.

In trockenes ofenfertiges
Stubbenholz
Eiche, Buche, Zentner 13,50 ab Lager Alt-Schottland 1/2. (5465
Wilhelm Prillwitz.
Telefon 2530.